



Abbildung 1: Symbolbild

JETZT MAL KONKRET! – Anregungen für den Unterricht

#2: Alles anders? Solidarität mit Geflüchteten – aus der Ukraine und aus anderen Ländern

Von Reina-Maria Nerlich

Seit Beginn des russisch-ukrainischen Krieges wurden über eine Million Geflüchtete aus der Ukraine in Deutschland registriert. Die Aufnahme der Geflüchteten stößt in der Bevölkerung auf große Zustimmung. Der breite Zuspruch wurde von Politiker:innen und in Medien auch mit der räumlichen Nähe des Krieges begründet.

Zugleich gibt es Stimmen, die eine Ungleichbehandlung von Geflüchteten aus der Ukraine und Geflüchteten aus anderen Ländern kritisieren. Und es gibt Berichte über Anfeindungen, denen russischstämmige Menschen aufgrund des Krieges ausgesetzt sind. Diese Entwicklungen haben auch in Schulen zu Konflikten geführt.

Die folgenden Anregungen sollen Lehrkräfte dabei unterstützen, mit Schüler:innen darüber ins Gespräch zu kommen, dass Geflüchtete ungleich behandelt werden, und Formen der Solidarität zu entwickeln, in denen die Herkunft von Geflüchteten keine Rolle spielt.

Lernziele:

- Schüler:innen kennen die mediale Berichterstattung und öffentliche Reaktionen auf den Ukraine-Krieg und können beschreiben, wie diese sich von anderen Kriegen und Konflikten unterscheiden.
- Schüler:innen kennen die Debatte über eine neue Willkommenskultur für ukrainische Geflüchtete und können sich dazu positionieren.
- Schüler:innen können beschreiben, welche Rolle Stereotype und rassistische Denkmuster in der Debatte um die Aufnahme von Geflüchteten spielen. Sie können insbesondere das Phänomen des antislawischen Rassismus beschreiben.
- Schüler:innen können Ideen und Vorschläge für den Umgang mit Geflüchteten aus der Ukraine und anderen Krisenregionen formulieren.

Krieg in Europa – warum die geografische Nähe des Krieges eine so große Rolle spielt

Kurz nach Kriegsbeginn war in vielen Zeitungen, auf Webseiten und in Interviews immer wieder von einem besonders schockierenden Ereignis zu lesen: „Krieg in Europa“. Es gibt diverse Kriege in der Welt, aber nun ist auch Europa betroffen. Die ARD widmete sich in einem Podcast dem Krieg zwischen Russland und der Ukraine:



Audio: Inforadio | 02.03.2022 | Interview Alexander Moskowic | Bild: ARD

Zum Krieg in der Ukraine startet der neue ARD-Podcast "Alles ist anders - Krieg in Europa". Er beleuchtet die Hintergründe des Krieges und beschäftigt sich mit seiner Entstehung, mit politischen Positionen und den Auswirkungen des Konflikts, wie Host Alexander Moskowic im Interview erzählt.

Abbildung 2: Podcast der ARD

Ist durch den Krieg alles anders geworden? Auch deutsche Politiker:innen greifen diese Frage immer wieder auf. Einen Tag nach Kriegsbeginn veröffentlichte der deutsche Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier ein Statement, in dem es unter anderem hieß:

„Tod und Verwundung, Zerstörung, Vertreibung, vieltausendfaches Leid – ganz in unserer Nähe, die Nachbarn unserer Nachbarn“

(Frank-Walter Steinmeier, Bundespräsident).

Bundeskanzler Olaf Scholz äußerte sich in einer Regierungserklärung am 27. Februar, also drei Tage nach Kriegsbeginn:

„Der 24. Februar 2022 markiert eine Zeitenwende in der Geschichte unseres Kontinents. Mit dem Überfall auf die Ukraine hat der russische Präsident Putin kaltblütig einen Angriffskrieg vom Zaun gebrochen – aus einem einzigen Grund: Die Freiheit der Ukrainerinnen und Ukrainer stellt sein eigenes Unterdrückungsregime infrage. Das ist menschenverachtend. Das ist völkerrechtswidrig. Das ist durch nichts und niemanden zu rechtfertigen“

(Olaf Scholz, Bundeskanzler).

Alles anders als 2015 – eine neue Willkommenskultur für Ukrainer:innen?

Nicht nur Politiker:innen solidarisierten sich im Zuge des russischen Angriffs unmittelbar mit der Ukraine und ihrer Bevölkerung. Bereits drei Tage nach Kriegsbeginn fanden in vielen deutschen Städten Demonstrationen gegen den Krieg statt. In Berlin nahmen laut Veranstalter:innen bis zu 500.000 Menschen an einer Demonstration zwischen Brandenburger Tor und Siegessäule teil.



Abbildung 3: Demonstration gegen den Ukrainekrieg im Februar 2022 in Berlin

Reflexionsfragen:

Wofür oder wogegen gehst du auf die Straße? Wie haben Menschen in deinem privaten Umfeld auf den Krieg in der Ukraine reagiert? Gab es Unterschiede im Vergleich zu anderen Kriegen oder schlimmen Ereignissen? Diskutiert in eurer Klasse!

Es blieb nicht nur bei Demonstrationen: Viele Menschen boten ukrainischen Geflüchteten eine Unterkunft an oder sammelten Spenden. Bilder des Engagements wie etwa am Berliner Hauptbahnhof erinnerten an das Jahr 2015, als aufgrund des syrischen Bürgerkrieges in Deutschland in einem Jahr 442.000 Asylanträge gestellt wurden – so viel wie noch nie zuvor. Fast 160.000 der Antragsteller:innen kamen damals aus Syrien.

Die Solidarität mit den Flüchtenden aus der Ukraine zeigte sich auch auf Ebene der politischen Entscheidungen. Schnell wurde zum Beispiel beschlossen, dass Menschen mit einem ukrainischen Pass während ihrer Flucht kostenlos mit der Deutschen Bahn und anderen öffentlichen Verkehrsmitteln fahren können.

Die deutsche Innenministerin betonte in einer Videobotschaft:

„Wir finden für jeden einen Übernachtungsplatz. Sie erhalten finanzielle Hilfe und Ihr Grundbedarf an Lebensmitteln und Kleidung wird gedeckt. Nach Registrierung können Sie sofort in Deutschland arbeiten. [...] Wir können und wir werden Ihnen helfen!“

(Nancy Faeser, Bundesinnenministerin).

Die staatliche Unterstützung der Geflüchteten aus der Ukraine stieß gerade zu Beginn des Krieges auf breite Zustimmung in der Bevölkerung. In den vergangenen Monaten mehrten sich aber auch Stimmen, die auf eine Ungleichbehandlung von Geflüchteten hinwiesen. Kritisiert wurden dabei nicht die Maßnahmen, die die Ankunft der Geflüchteten aus der Ukraine erleichtern sollen. Vielmehr ging es darum, dass diese Erleichterungen nicht für alle Geflüchteten gelten. So erklärte der Rassismusforscher Karim Fereidooni in einem Interview mit dem Deutschen Schulportal:

„Ukrainer:innen werden in manchen Teilen der deutschen Bevölkerung und der Medien als ‚zivilisiert‘ bezeichnet, wohingegen andere Geflüchtete als negatives Gegenteil konstruiert werden. [...] Dieser Rassismus trägt dazu bei, dass es mehr Vorbehalte gegenüber der Aufnahme anderer Geflüchteter gibt als gegenüber Ukrainer:innen“

(Karim Fereidooni, Rassismusforscher).

In einem Dokumentarfilm des MDR mit dem Titel „Unfaire Behandlung – bevorzugten Deutsche die ukrainischen Migranten?“ kommen auch Geflüchtete selber zu Wort. Fahim, der vor gut anderthalb Jahren aus Afghanistan geflohen ist, sagt:

„Sie geben den Ukrainern bessere Wohnorte, bessere Wohnungen. Warum? Es gibt eine große Diskriminierung zwischen asiatischen Flüchtlingen und den anderen“

(Fahim).

Sara, die mit ihren Kindern aus Palästina geflohen ist und seit einigen Monaten in Deutschland lebt, berichtet:

„Im Nebengebäude haben sie ukrainische Geflüchtete einquartiert. Sie blieben nur vier oder fünf Tage im Camp, dann wurden sie in Bussen nach Chemnitz gebracht. Natürlich denke ich, dass es Diskriminierung gibt. Ich wundere mich, dass die Ukrainer und wir nicht gleichbehandelt werden. Mit ‚wir‘ meine ich alle anderen Nationalitäten, palästinensisch, syrisch, irakisch, russisch, afghanisch, iranisch ... Warum müssen wir hierbleiben?“

(Sara).

Viele Expert:innen begrüßen die schnelle und unbürokratische Art, mit der Geflüchtete aus der Ukraine aufgenommen wurden. In einem Interview für den Fernsehsender Arte sagte Karl Kopp, Leiter der Europa-Abteilung bei Pro Asyl:

„Wir finden den Ansatz jetzt, bezogen auf die Ukraine, richtig. [...] Wir wollen dieses Modell auch für andere Schutzsuchende“

(Karl Kopp, Pro Asyl).

Mehr Rassismus und Diskriminierung infolge des Krieges?

Bereits Anfang März machte Bundesinnenministerin Nancy Faeser deutlich, dass es infolge des Krieges in der Ukraine keine Zunahme der Diskriminierung von Menschen aus Russland geben dürfe:

„Der entsetzliche Angriffskrieg gegen die Ukraine ist Putins Krieg. Es ist nicht der Krieg der Menschen mit russischen Wurzeln, die in Deutschland leben. [...] Wir wehren uns ganz entschieden dagegen, dass Menschen aufgrund ihrer russischen Herkunft oder Sprache angefeindet oder diskriminiert werden. [...] Dieser Konflikt darf weder auf dem Rücken von Ukrainerinnen und Ukrainern noch von Russinnen und Russen in Deutschland ausgetragen werden“

(Nancy Faeser, Bundesinnenministerin).

Arbeitsauftrag:

Überlege, ob du eine Ungleichbehandlung Geflüchteter verschiedener Nationalitäten wahrnimmst. Formuliere deine Meinung aus. Liste dabei auch auf, anhand welcher Beobachtungen oder Informationsquellen du das belegen kannst.

Arbeitsauftrag:

Formuliere ein abschließendes Statement dazu, wie du dir den Umgang mit Geflüchteten wünschst. Gehe dabei begründet auf Kritik und Lob im Umgang mit der aktuellen Situation ein. Erläutere auch Ideen dazu, wie du dazu beitragen kannst, dass diese Forderungen umgesetzt werden.

Anfang April wurden vom Innenministerium Zahlen veröffentlicht, denen zufolge es seit Kriegsbeginn 308 antirussische Straftaten gegeben hat. Parallel dazu stieg auch die Zahl antiukrainischer Delikte in Deutschland.

„Antislawischer Rassismus bezeichnet die strukturelle Diskriminierung von Menschen, die vermeintlich oder selbstgewählt zur sozial-konstruierten Gruppe der Slaw:innen gehören, z. B. Russlanddeutsche oder jüdische Kontingentflüchtlinge. Diese Diskriminierungsform kann sich auch pauschal gegen die Bevölkerung von Ländern wie Polen, Russland, Ukraine, Serbien, Bulgarien usw. richten oder gegen Menschen, denen die nationale oder ethnische Zugehörigkeit zu einem dieser Länder zugeschrieben wird“

(Quelle: NdM-Glossar/Wörterverzeichnis der Neuen deutschen Medienmacher*innen).

Im Interview mit dem Deutschen Schulportal formuliert Karim Fereidooni folgende Empfehlungen:

„(Lehrer:innen) sollten Möglichkeitsräume der Solidarität schaffen und zudem darauf hinwirken, dass alle Schüler:innen in ihrer Individualität ernst genommen und nicht als Vertreter:innen ihres Herkunftslands betrachtet werden. Lehrer:innen sollten mit diesem Thema auch proaktiv auf die Schüler:innen zugehen und nicht warten, bis es zu Streitigkeiten unter den Schüler:innen kommt“

(Karim Fereidooni, Rassismusforscher).

Arbeitsauftrag:

Schaut euch das Video der Jugendredaktion Salon5 an, in dem thematisiert wird, in welchen Formen antislawischer Rassismus in der aktuellen Situation zum Ausdruck kommen kann. Lest dazu auch die Kommentare unter dem Video. Diskutiert in einer Gruppe anschließend die folgenden Fragen:

Habt ihr von ähnlichen Fällen wie dem Restaurantbeispiel aus dem Video gehört? Wie würdet ihr in solchen Fällen reagieren?

Wo verläuft die Grenze zwischen Solidarität mit Ukrainer:innen und Diskriminierung von Russ:innen? Wie würdet ihr euch positionieren, wenn ihr aus Russland stammen würdet? Was braucht ihr, um eure Meinung fundiert und angstfrei zu äußern?

Arbeitsauftrag:

Diskutiert, was Karim Fereidooni mit seiner Aussage meinen könnte. Überlegt gemeinsam, welche Möglichkeiten es in eurer Schule gibt, untereinander solidarisch zu sein und sich gegenseitig zu unterstützen.

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Symbolbild Schachbrett. Bild: Gladson Xavier/pexels.com

Abbildung 2: Screenshot rbb24. Bild: ufuq.de/ARD

Abbildung 3: Demonstration gegen den Ukrainekrieg im Februar 2022 in Berlin. Bild: Reina-Maria Nerlich

Impressum

Herausgeber

ufuq.de – Pädagogik, politische Bildung und
Prävention in der Migrationsgesellschaft

Dudenstraße 6, 10965 Berlin

Tel.: 030 / 98 34 10 51

www.ufuq.de

www.kn-ix.de

info@ufuq.de

www.twitter.com/ufuq_de

www.facebook.com/ufuq.de

www.instagram.com/ufuq.de

Gestaltung

axeptDESIGN

Copyright 2022, CC-Lizenz: BY-NC-ND 3.0

Redaktioneller Stand: November 2022

Die Veröffentlichung stellt keine Meinungsäußerung
des BMFSFJ, des BAFzA oder der Bundeszentrale für
politische Bildung dar. Für inhaltliche Aussagen tragen
die Autor*innen die Verantwortung.

Diese Publikation erscheint im Rahmen des Kompetenz-
netzwerks „Islamistischer Extremismus“ (KN:IX).



Gefördert vom



Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend

im Rahmen des Bundesprogramms

Demokratie *leben!*



Bundeszentrale für
politische Bildung



SACHSEN-ANHALT
Ministerium für
Arbeit, Soziales, Gesundheit
und Gleichstellung

#moderndenken



#WIR Sind DAS Land
DEMOKRATIE. VIELFALT. WELTOFFENHEIT.
IN SACHSEN-ANHALT